

Green Deal

umsetzen für pestizidfreie
Städte, Äcker und Wälder

Forderungen des BUND zum neuen
EU Pestizidanwendungsrecht

„Sustainable Use of Pesticides Regulation (SUR)“



FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

Die Europäische Union arbeitet an einer dringenden Reform des Anwendungsrechts für Pestizide. Für einen besseren Schutz von Böden, Gewässern, der Natur und der menschlichen Gesundheit müssen sich die Bundesregierung und die Mitglieder des Europäischen Parlaments für folgende Prioritäten einsetzen:

1. Verbindliche Reduktionsziele:

Die Reduktionsziele müssen rechtlich bindend und mittels aussagekräftiger Indikatoren messbar sein.

2. Fördermöglichkeiten schaffen:

Förderinstrumente wie die Gemeinsame Agrarpolitik sind gezielt einzusetzen, um Maßnahmen zur Pestizidreduktion zu honorieren.

3. Gefährliche Pestizide verbieten:

Statt einer Halbierung muss der Einsatz besonders toxischer Pestizide bis 2030 beendet werden.

4. Alternativen stärken:

Der Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmitteln muss die Ultima Ratio und nicht die Regel sein.

5. Schaffung von pestizidfreien Räumen:

Keine chemisch-synthetischen Pflanzenschutzmittel in Kommunen, Grünanlagen und Schutzgebieten sowie in der Nähe von Gewässern.

Die Anwendung von Pestiziden hat massive Auswirkungen auf Ökosysteme und ist ein Hauptverursacher für den dramatischen Verlust der Biodiversität in der Agrarlandschaft.¹ Die damit einhergehende Schwächung von Ökosystemdienstleistungen wie natürlicher Regulierungsmechanismen von Schädlingen, hat zu einer weiter zunehmenden Abhängigkeit von chemisch-synthetischen Pestiziden geführt.² Ein weiteres Beispiel ist die zunehmende Anreicherung von Pestiziden in unseren Böden und die Risiken für das Bodenleben und die Bodenfruchtbarkeit.³

Es gibt Alternativen zum Einsatz von Pestiziden, die gleichzeitig die Ernten und die Wirtschaftlichkeit landwirtschaftlicher Betriebe sicherstellen.⁴ Mit der Einführung der EU Pestizidrahmenrichtlinie (SUD) besteht seit 2009 eine rechtliche Verpflichtung der Mitgliedstaaten u.a. zur Durchsetzung des integrierten Pflanzenschutzes. Der gewünschte Effekt einer Reduzierung der Abhängigkeit von Pestiziden trat jedoch nicht ein.⁵

Infobox: Prinzipien des integrierten Pflanzenschutzes (IPS)

Integrierter Pflanzenschutz bedeutet, Pflanzen so anzubauen, dass sie unter idealen Bedingungen wachsen und der Befall durch Schädlinge und Krankheiten im Vorfeld verhindert oder reduziert wird. Trotzdem notwendige Schädlingsbekämpfung soll vorzugsweise durch nicht-chemische Maßnahmen erfolgen, der Einsatz von Pestiziden darf nur die Ultima Ratio sein.⁶ Zu den Präventionsmaßnahmen gehören u.a. eine weite Fruchtfolge, um Wachstumszyklen von Schädlingen zu unterbrechen oder die Förderung von Nützlingen durch die Schaffung von geeigneten Habitaten.

Neustart der EU Pestizidpolitik

Gründe für das Scheitern der SUD liegen in der verschleppten Umsetzung durch die Mitgliedstaaten sowie an wenig ambitionierten Maßnahmen innerhalb der von diesen erarbeiteten nationalen Aktionsprogramme.⁷ Dies dürfte auch auf das Fehlen eines verbindlichen quantitativen Zieles auf EU Ebene zurückzuführen sein.

Beim integrierten Pflanzenschutz haben die Mitgliedstaaten die in der Richtlinie genannten Prinzipien trotz entsprechender Verpflichtung nicht ausreichend umgesetzt. So fehlen vielerorts Dokumentationspflichten, Beratungsmöglichkeiten und Kontrollen, aber auch konkrete Vorgaben (kulturart-spezifische Leitlinien). Die Gemeinsame Agrarpolitik der EU (GAP) lieferte ebenfalls keine ausreichenden Impulse und eine zu geringe Honorierung der Reduktion des Pestizideinsatzes. Die Einhaltung der Prinzipien des integrierten Pflanzenschutzes waren und sind z.B. keine verpflichtende Vorgabe für Empfänger von Zahlungen aus der GAP.

Die EU Kommission hatte bereits in der Farm-to-Fork Strategie eine grundlegende Reform der SUD versprochen. Mit einiger Verzögerung hat sie im Juni 2022 ihren Legislativvorschlag vorgelegt. Mit dieser ist die Hoffnung verbunden, das in der Farm-to-Fork Strategie genannte Reduktionsziel von 50 % bis 2030 zu erreichen.

Kernforderungen des BUND

Der Vorschlag der EU Kommission greift einige Kritikpunkte an der SUD auf, jedoch nicht alle. Es bedarf daher einer dringenden Nachbesserung, um eine reale Halbierung des Pestizideinsatzes bis 2030 zu erreichen. Der BUND fordert die Mitglieder des Europäischen Parlaments sowie den Ministerrat auf, folgende Punkte im Gesetzgebungsprozess zu priorisieren:

1. Rechtliche Verankerung des Reduktionsziels der Farm-to-Fork Strategie: Der BUND begrüßt, dass die EU Kommission das Ziel einer Reduktion des generellen Pestizideinsatzes um 50 % bis 2030 rechtlich verbindlich in die neue Gesetzgebung verankert hat. Problematisch ist, dass einzelne Mitgliedstaaten in der Umsetzung z.T. deutlich nach unten abweichen dürfen. Auch fehlt ein verbindlicher Reduktionspfad mit Zwischenzielen bis 2030.

1 | F. Sánchez-Bayo und K. A. G. Wyckhuys (2019), Worldwide decline of the entomofauna: A review of its drivers, Biol. Conserv., Bd. 232, Nr. January, S. 8–27
2 | K A G Wyckhuys et al (2019), Ecological illiteracy can deepen farmers' pesticide dependency, Environ. Res. Lett. 14 093004
3 | Vera Silva et al. (2019), Pesticide residues in European agricultural soils – A hidden reality unfolded, Science of The Total Environment, Volume 653
4 | Lechenet, M. et al. (2017), Reducing pesticide use while preserving crop productivity and profitability on arable farms. Nature Plants 3, 17008

5 | Helepciuc F-E, Todor A (2021), Evaluating the effectiveness of the EU's approach to the sustainable use of pesticides. PLoS ONE 16(9).
6 | <https://www.pan-europe.info/sites/pan-europe.info/files/public/resources/reports/integrated-pest-management-working-with-nature.pdf>
7 | European Court of Auditors (2020): Sustainable use of plant protection products: limited progress in measuring and reducing risks, special report No. 5

2. Fördermöglichkeiten schaffen: Die Maßnahmen zur Pestizidreduktion müssen ausreichend finanziell honoriert werden. Zum Beispiel müssen innerhalb der GAP entsprechende Förderinstrumente bereitgestellt werden. Die von der EU Kommission vorgeschlagene Option, neue Vorgaben für einen Übergangszeitraum finanziell über die GAP zu fördern ist darum richtig und wichtig. Es fehlt jedoch eine Verpflichtung der Mitgliedstaaten, die GAP Strategiepläne an die neue Verordnung entsprechend anzupassen. Obwohl der integrierte Pflanzenschutz eigentlich bereits verbindlich ist, ist er weiterhin keine Voraussetzung für den Bezug der bestehenden Flächenprämien aus der GAP.

3. Aussagekräftige Indikatoren: Die vorgeschlagenen erweiterten Dokumentations- und Meldepflichten für den Einsatz von Pestiziden sind zu begrüßen. Kritisch ist aber, dass die EU Kommission weiter auf wenig brauchbare Indikatoren zur Fortschrittskontrolle setzt und sich somit in den Blindflug begibt. Die verwendeten „harmonisierten Risikoindikatoren“ sagen nichts über die konkrete Anwendung von Pestiziden aus, da sie v. a. auf Verkaufstatistiken beruhen. Sie geben zudem ein verzerrtes Bild wieder, da höchst unterschiedliche Stoffe mit unterschiedlicher Toxizität in die gleiche Gefahrenkategorie eingeordnet werden.⁸ Die Gesetzgeber müssen dringend eine Verbesserung dieser Indikatoren vornehmen, damit die Reduktion nicht nur auf dem Papier stattfindet.

4. Stärkung des integrierten Pflanzenschutzes: Beim eigentlich seit 2009 verbindlichen integrierten Pflanzenschutz darf es keine weitere Verschleppung bei der Umsetzung geben. Die Stärkung der Kontroll- und Dokumentationspflichten ist daher zu begrüßen. Das Gleiche gilt für die Einführung einer verpflichtenden und unabhängigen landwirtschaftlichen Beratung. Auch das Verfahren zur Ausgestaltung von Regeln für einzelne Feldfrüchte ist positiv zu bewerten. Vor allem die Möglichkeit der EU Kommission, Vorschläge der Mitgliedstaaten notfalls zurückzuweisen, wenn diese nicht ambitioniert genug sind, muss beibehalten werden. Die allgemeinen Prinzipien sind aber weiter zu vage und lassen zu viel Spielraum für die Anwender*innen.

5. Pestizidfreie Räume schaffen: In Gebieten, in denen der Schutz der Biodiversität und der öffentlichen Gesundheit Priorität hat, dürfen chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel nur noch die absolute Ausnahme sein. Das vorgeschlagene Anwendungsverbot im Natura 2000 Netzwerk sowie in Städten und Kommunen ist daher richtig. Die vorgeschlagenen Pufferstreifen von drei Metern um Schutzgebiete herum sind jedoch viel zu schmal,

um ökologisch wirksam zu sein. Nötig wären mindestens zehn Meter. Auch in Landschaftsschutzgebieten ist eine Reduktion des Pestizideinsatzes nötig. Statt einem Verbot kommen auch andere Herangehensweisen in Frage wie etwa gezielte Fördermaßnahmen, die diese Reduktion unterstützen.

6. Gewässerschutz stärken: Um Oberflächengewässer sowie unser Grundwasser zu schützen, müssen einerseits Pestizide eingespart, andererseits wirksame Pufferzonen eingerichtet werden. Die Randstreifen filtern Pestizide effektiv, so dass diese in deutlich geringerem Maße in die Gewässer eingespült werden und deren Ökosysteme schädigen⁹. Die vorgeschlagenen drei Meter sind aber völlig unzureichend, nötig sind Gewässerrandstreifen von mindestens zehn Metern um alle Gewässer, auf denen keine Pestizide ausgebracht werden dürfen.

7. Kompletter Verbot im privaten Bereich: Auch wenn der Anteil des Pestizideinsatzes im Privatbereich relativ gering ausfällt, ist die Intensität der Anwendung aufgrund der geringen Fläche überdurchschnittlich¹⁰. Durch fehlende Sachkunde kommt es regelmäßig zu Fehlanwendungen und -Dosierungen¹¹. Ein Verbot der Anwendung in Haus- und Kleingärten sieht der Vorschlag der EU Kommission jedoch nur indirekt vor, ein Verkaufsverbot fehlt.

8. Schädliche Anwendungspraktiken verbieten: Die Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln aus der Luft ist aus gutem Grund bereits in der gegenwärtigen SUD verboten. Ausnahmen von diesem Verbot, etwa für neue Techniken in der sgn. Präzisionslandwirtschaft, sind abzulehnen. Ähnliches muss für das Beizen von Saatgut (z.B. mit Neonicotinoiden) gelten, da die vorbeugende Anwendung von Pestiziden den Prinzipien des integrierten Pflanzenschutzes widerspricht.

9. Verbot besonders gefährlicher Pestizide: Das Ziel, den Einsatz besonders gefährlicher Pestizide bis 2030 zu halbieren, ist nicht ambitioniert genug. Bereits seit 2011 gibt es für die EU Staaten eine gesetzliche Verpflichtung die „Substitutionskandidaten“ vom Markt zu nehmen. Die neue Verordnung muss einen klaren Weg für deren komplette Abschaffung aufzeigen, durch höhere Hürden bei der Anwendung und entsprechende Förder- und Forschungsprogramme. Das Ziel darf sich auch nicht auf die Substitutionskandidaten allein beschränken, sondern muss auf weitere Stoffe ausgeweitet werden, die als „Highly Hazardous Pesticides“ gelten.¹²

8 | Global 2000 (2022): HR1- a risk indicator to promote toxic pesticides, https://www.organicseurope.bio/content/uploads/2022/06/GLOBAL2000_HR1-1_final_28022022.pdf?dd

9 | Hering et al. (2020): Studie zu Gewässerrandstreifen, <https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/landwirtschaft/210802-studie-gewaesserrandstreifen-uni-duisburg-essen.pdf>

10 | BVL, „Absatz an Pflanzenschutzmitteln in der Bundesrepublik Deutschland Ergebnisse der Meldungen gemäß § 64 Pflanzenschutzgesetz für das Jahr 2019“, Bundesamt für Verbraucherschutz und Leb., Bd. Oktober, S. 1–17, 2020.

11 | BVL, „Jahresbericht Pflanzenschutz- Kontrollprogramm 2018“, Berlin, 2020.

12 | FAO (2016): International Code of Conduct on Pesticide Management Guidelines on Highly Hazardous Pesticides, http://apps.who.int/iris/bitstream/handle/10665/205561/9789241510417_eng.pdf

Nächste Schritte

Mit dem Vorschlag durch die EU Kommission ist der Startschuss für das eigentliche Gesetzgebungsverfahren zwischen Europäischem Parlament und Ministerrat gefallen. Der BUND e.V. wird diesen Prozess zusammen mit seinen europäischen Partnern intensiv begleiten. Für Rückfragen stehen folgende Kolleg*innen als Ansprechpartner*innen zur Verfügung.

Ansprechpartner*innen

- **André Prescher-Spiridon**, Referent für EU Politik, +49 30 2 75 86-576, andre.prescher@bund.net
- **Corinna Hölzel**, Wissenschaftliche Mitarbeiterin Pestizidpolitik, insektenfreundliche Kommunen und Gärten, +49 30 2 75 86-547, corinna.hoelzel@bund.net

Impressum:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) · Friends of the Earth Germany · Kaiserin-Augusta-Allee 5 · 10553 Berlin · bund@bund.net · www.bund.net · Telefon: +49 30 2 75 86-40 · V.i.S.d.P.: Petra Kirberger · Autor: André Prescher · Gestaltung: Natur & Umwelt GmbH · Titelbild: Wolfgang Hasselmann/Pixabay · Stand Oktober 2022